1. Vorbemerkung

Analysen der künftigen Stellung Chinas in der Weltwirtschaft gehen häufig auf Extrapolationen heutiger Trends zurück. Es wird dann gefragt, ob dieser Trend angesichts bestimmter Rahmenbedingungen wirklich aufrecht erhalten werden kann. Argumente, die hier in das Blickfeld geraten, betreffen etwa die möglicherweise beschränkenden Wirkungen, die ein westlicher Protektionismus auf die Potentiale der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung für China ausüben könnte (Langhammer, 1995), die problematischen Verhältnisse in der chinesischen Umweltsituation oder die vielbeschworenen "bottlenecks" bei Energie und Infrastruktur (Smil, 1993). Viele Beobachter meinen dann, daß der möglichst raschen Integration Chinas in die Weltwirtschaft eine wesentliche Bedeutung für die Lösung all dieser Probleme zukommt, denn gerade ausländische Direktinvestitionen sind ein wesentliches Vehikel für die Übertragung etwa von umwelttechnologischem Wissen, ganz zu schweigen davon, daß schlicht eine Kapitallücke geschlossen wird (Song, 1995).
Eine zwingende Schlußfolgerung ist dann auch, daß politische Stabilität für diesen Zustrom entscheidend ist, und daß außerdem ein Minimum an Rechtssicherheit gewährleistet sein muß. Selbst pessimistische Einschätzungen etwa bezüglich der chinesischen Ernährungssituation im nächsten Jahrhundert werden durch Beobachtungen relativiert, daß der unzureichende Schutz geistigen Eigentums zur Zeit die Übertragung modernster biotechnologischer Innovationen nach China blockiert (Far Eastern Economic Review vom 16.11.1995, S. 96). Optimistische Prognosen sind sich dann also darin einig, daß in dem Falle, daß China realwirtschaftlich und institutionell möglichst weitgehend in eine zunehmend liberalisierte Weltwirtschaft integriert ist, seine gewaltigen Entwicklungspotentiale zum Tragen kommen.
Gerade die in diesem Jahr erneut zugespitzten Spannungen zwischen den USA und der VR China werfen jedoch die Frage auf, ob denn die institutionellen und politischen Voraussetzungen einer solchen Integration so früh gegeben sein werden, wie erhofft. Die Diskussion um den "Zusammenprall zwischen den Zivilisationen" (zum Überblick siehe Zeitpunkte, Heft 4, 1995) suggeriert hier, daß gerade soziopolitisch-institutionell Integrationsbarrieren lange Bestand haben könnten, konkret etwa widergespiegelt in Problemen

hinsichtlich des Schutzes geistiger Eigentumsrechte, hinter denen wiederum säkulare Verwerfungen beim "state building" Chinas und seiner Rechtsinstitutionen stehen.

Wer hier jedoch die Konflikthaftigkeit des "Zusammenpralls" betont, muß andererseits beachten, daß die bisherige Integration Chinas im wesentlichen ein Prozeß der Integration innerhalb eines globalisierten chinesischen Kulturraumes ist, der in Gestalt etwa der taiwanesischen Kaufmannsgemeinschaft von Los Angeles bereits kulturelle Integrationsvorschüsse mitbringt, die unter Umständen über mehrpolige Investitionsaktivitäten zwischen den USA, Taiwan, Hong Kong und dem chinesischen Festland letztlich auch für die Beziehung zwischen "West" und "Ost" wirksam werden und schließlich die Vorstellung vom "Zusammenprall" obsolet werden lassen (Prybyla, 1995). Auf der anderen Seite gibt es in China selbst Wertkonflikte zwischen Stadt und Land, Tradition und Moderne, die unter Umständen wesentlich schärfer sind als diejenige zwischen einer urbanen, internationalen Elite Beijings, Taibeis, Frankfurts und New Yorks (für ein konkretes Beispiel siehe Siu, 1995). Nicht ohne Grund wird von chinesischer Seite in Auseinandersetzungen mit der Menschenrechtsthematik hervorgehoben, daß China ein großes Entwicklungsland sei mit einer vielschichtigen sozioökonomischen Problematik der ländlichen Räume, wo sich die Frage der Regierbarkeit und Beherrschbarkeit rapiden gesellschaftlichen Wandels stellt.

Ich möchte also im folgenden die Frage untersuchen, welche Bedeutung künftig die "innerchinesische" Integration für die Rolle Chinas in der Weltwirtschaft besitzen wird, soweit diese in wesentlicher Hinsicht institutionell bestimmt ist, und zwar durch Institutionen, die wiederum ein Fundament in der kulturellen Tradition Chinas besitzen. Diese Perspektive wird eingenommen, weil Institutionen nicht nur für die Globalisierung der Investitionsströme ausschlaggebend sind, sondern weil sie vor allem die entscheidende Determinante für Innovationspotentiale und damit die Wettbewerbsfähigkeit sind (vgl. z.B. Cimoli/Dosi, 1996). Das Problem der Entstehung leistungsfähiger Institutionen ist wiederum nicht lediglich durch staatliche Setzung lösbar, denn der Staat ist selbst ein endogenes Element des gesamten institutionellen Regimes der Volkswirtschaft. Insofern wollen wir Chinas Position in der Weltwirtschaft vor dem Hintergrund des säkularen Modernisierungsprozesses seiner Kultur betrachten, denn die Kultur könnte die gemeinsame Klammer der komplexen Wechselwirkung zwischen

politischem und wirtschaftlichem Wandel sein, im Sinne gemeinsamer Prinzipien von Wirtschaftskultur und politischer Kultur (Herrmann-Pillath, 1994).

Sehr häufig werden aber Tradition und Globalisierung in dem Sinne miteinander konfrontiert, daß die chinesische Tradition als sozioökonomische Struktur identifiziert wird, die nach ihrem langen historischen Bestand zu überwinden war (nämlich als "Feudalismus"), und deren Überwindung durch den westlichen Imperialismus und später den - zum Teil unfreiwilligen - Isolationismus der VR China verzögert wurde. Chinas Wirtschaftswachstum durch weltwirtschaftliche Integration erscheint dann eigentlich als Erfüllung nationaler Ziele nach den langen Demütigungen durch den westlichen und den japanischen Imperialismus. Dabei bedeutet dann die Modernisierung gerade auch die Transformation der ländlichen Räume und mithin ihrer "feudalen" Traditionen. Globalisierung und Modernisierung sind in der Tat durch viele Mechanismen miteinander verknüpft, wie etwa die Tatsache, daß der Zustrom auslandschinesischen Kapitals in den Küstenprovinzen eine Ursache für die Migration aus den Binnenregionen ist. Das Leben in den Küstengebieten bedeutet für viele Migranten den Einblick in eine neue Welt, und sie kehren häufig als Unternehmer in die Heimat zurück, wo sie durch wirtschaftliche Neuerungen letzten Endes auch gesellschaftlichen Wandel anstoßen (für ein Beispiel siehe Far Eastern Economic Review vom 4.4.1996, S. 22).

Fragen wir also nach dem Zusammenhang zwischen Modernisierung und weltwirtschaftlicher Stellung Chinas. Dabei ist zu Beginn eine begriffliche Klärung vonnöten: Wir verstehen unter "Tradition" nicht geistige Traditionen gesellschaftlicher Eliten (wie den "Konfuzianismus"), sondern normativ geprägte und durch Sozialisation vermittelte Verhaltensmuster in lebensweltlichen Zusammenhängen: Also zum Beispiel nicht die neokonfuzianische Philosophie, sondern die volksreligiösen Riten und Alltagsnormen, wobei die erstere nur insoweit von Interesse ist, als sie historisch nachweisbar die letzteren beeinflußt hat (Chen Lai, 1995). Wird diese Perspektive gewählt, sind die Aussagen zum Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Traditionen und wirtschaftlicher Modernisierung aber längst nicht mehr so eindeutig: Zum Beispiel läßt sich in vielen Gebieten Chinas heute der gleiche Prozeß wie im Taiwan der sechziger und siebziger Jahre beobachten, nämlich daß gerade mit der Zunahme des Wohlstands und der Ausweitung marktwirtschaftlicher Aktivitäten wichtige Elemente der Tradition sogar an Bedeutung zunehmen, wie etwa das "feng shui" (lokal oft als

"Religion" begriffen) oder der Tempelbau und die Pilgerfahrten (Pennarz, 1993; Bruns, 1996). Und es sind häufig Auslandschinesen, die in ihren Heimatorten auf dem chinesischen Festland den Neubau oder die Renovierung von Ahnentempeln finanzieren.

Der lebensweltliche Ansatz ist daher auch bedeutsam, einfache "kultur-morphologische" Mißverständnisse zu vermeiden, wie sie in immer wieder - besonders auch in China selbst - verbreiteten pseudowissenschaftlichen Kultur-Systematiken auftreten, die "West" und "Ost" konfrontieren oder andere statische Gliederungen der Welt vollziehen (Lackner, 1997). Im lebensweltlichen Ansatz spielen Begriffspaare wie "Rationalität" versus "Intuition" überhaupt keine Rolle, die etwa von konfuzianisch geprägten Versuchen ins Spiel gebracht wurden, um West und Ost zu vergleichen, gegebenenfalls auch zu konfrontieren.

Die Beziehung zwischen Tradition und wirtschaftlichem Wandel erscheint also doch nicht so eindeutig, wie das Selbstverständnis von "Modernisierung" in China selbst lange Zeit suggeriert hat (vgl. auch Yang Kuo-shu, 1996). Die Frage ist, wie wir die Problematik genauer in den Griff bekommen können. Entscheidend ist, über die Problematik nicht philosophisch-weltanschaulich zu reflektieren, sondern ein konkretes Studienobjekt zu finden, indem Tradition und Moderne lebensweltlich aufeinandertreffen. Hier erscheint als idealer empirischer Ansatzpunkt die Wechselwirkung zwischen den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen der ländlichen Räume auf der einen Seite und der Integration der chinesischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft: So findet in der ländlichen Industrie eine wirtschaftliche - organisatorische, technologische, produktivitätsbezogene - Modernisierung innerhalb des dörflichen kulturellen Kontextes statt, und zum Teil sind es eben diese Unternehmen, die in manchen Großregionen auch sehr eng mit dem "wai zi", dem auslandschinesischen Kapital, zusammenarbeiten. Genau hier liegt also eine wichtige Schnittstelle zwischen dem Prozeß der Globalisierung und Internationalisierung der chinesischen Wirtschaft und dem sozioökonomischen Wandel in den weiten ländlichen Räumen Chinas.

Wir wollen in diesem einführenden Kapitel (siehe Erläuterung im Inhaltsverzeichnis) versuchen, einige übergreifende Aspekte des Problems zu reflektieren. Anknüpfungspunkt ist die Frage, welche Beziehung in China zwischen Modernisierung und Wachstum besteht. Sind beide notwendig miteinander verknüpft, oder besteht die Möglichkeit einer Entkopplung?

2. Extensives Wachstum und "Nischenwirtschaft": Wachstum ohne Modernisierung?

Seitdem der amerikanische Ökonom Paul Krugman die Auffassung vertreten hat, daß in Ostasien kein "Wirtschaftswunder" stattgefunden habe, sondern lediglich ein extensives Wachstum auf der Grundlage quantitativ zunehmender Faktoreinsätze, reißt auch die innerchinesische Diskussion zu dieser Frage nicht ab (Krugman, 1994; Jingji xue xiaoxi bao vom 22.3.1996; Fan Gang, 1996). Gerade für die VR China ließe sich Krugman's These ohne Zweifel gut begründen, denn seit 1978 ist das Wirtschaftswachstum in verschiedenen Wellen vorwärtsgetrieben worden, die eindeutig mit den Auswirkungen zusammenhingen, die von institutionellen Veränderungen auf den mengenmäßigen Faktoreinsatz ausgehen, wie etwa der erste Schub zwischen 1978 und 1984 als Folge der landwirtschaftlichen Liberalisierung oder der dritte Schub nach 1992 durch den gewaltigen Zustrom an ausländischem Kapital und die Freisetzung von ländlichen Arbeitskräften (Migration). Alle diese institutionellen Veränderungen waren mit weitreichenden Veränderungen des quantitativen Faktoreinsatzes verbunden, denn vor den Reformen lag gerade der wichtigste Faktor, mit dem China so reichlich ausgestattet ist, nämlich die menschliche Arbeit, in großem Umfang brach.
Aus meiner Sicht scheint es jedoch müßig, eine solche qualitative Einschätzung auch quantitativ abstützen zu wollen, wie dies Krugman im Anschluß an die Arbeiten von Young getan hat. Dies gilt aber auch für die möglicherweise positive Einschätzung, also die Identifikation zunehmender totaler Faktorproduktivität (World Bank, 1996, appendix). Ökonometrische Schätzungen der totalen Faktorproduktivität und ihrer Veränderungen sind für die VR China nach wie vor mit äußerster Vorsicht zu betrachten, denn nicht nur sind die Daten selbst unzuverlässig: Da derartige Schätzungen nur auf der Basis hinreichend langer Zeitreihen sinnvoll sind, nimmt nicht nur die Zuverlässigkeit der Daten mit dem Weg in die Vergangenheit ab, sondern vor allem sind auch die institutionellen Rahmenbedingungen der Faktormärkte heute gänzlich andere als etwa Mitte der achtziger Jahre. Insbesondere ist die entscheidende methodische Grundlage von Schätzungen der totalen Faktorproduktivität, nämlich die Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung, für frühere Zeiträume kaum anwendbar; d.h. es macht keinen Sinn, gesamtwirtschaftliche Verteilungsdaten als Maß für den Beitrag der Faktoren zum Sozialprodukt zu interpretieren (selbst für Fälle wie Singapur ist hier

Vorsicht angebracht, siehe IMF, 1995, S. 6ff.). Dies - mit allen Konsequenzen wie der Unterstellung einer linear-homogenen Cobb-Douglas-Produktionsfunktion - ist aber die entscheidende Voraussetzung dafür, aus Schätzgleichungen jene weitreichenden Schlußfolgerungen über die Qualität des wirtschaftlichen Modernisierungsprozesses zu ziehen, die Krugman vorträgt.

Ohne Zweifel hat bereits Mitte der achtziger Jahre das sogenannte "Doppelgleispreissystem" für die Gütermärkte zur Folge gehabt, daß dort Marktprozesse für die ökonomisch entscheidenden marginalen Mengenveränderungen ausschlaggebend waren. Für die Faktormärkte kann dies aber bis heute nicht behauptet werden bzw. schält sich erst allmählich heraus. Gerade für diese marginalen Veränderungen sind aber wiederum auch gegenwärtig keine verläßlichen Daten verfügbar, d.h. die gesamtwirtschaftliche Lohnquote erfaßt etwa nicht die vielen Zweit- und Dritteinkommen in den dynamischen Gebieten Chinas. Insofern wage ich die Hypothese, daß sämtliche quantitativen Einschätzungen der Wirtschaftsdynamik Chinas an einem Problem unzureichender Möglichkeiten zur Sensitivitätsanalyse leiden, d.h. die Ergebnisse von alternativen ökonometrischen Schätzungen dürften bei entsprechender Verfügbarkeit von Daten allein durch Änderungen der Datengrundlage zu stark überlagert werden, so daß die abgeleiteten Aussagen selbst ohne systematischen Wert sind.

Krugman's Argument sollte daher qualitativ diskutiert werden und läuft bei dieser Perspektive auf den entscheidenden Punkt hinaus, daß in weiten Teilen Ostasiens ein "mismatch" zwischen der institutionellen, organisatorischen und technologischen Modernisierung und dem erreichten Wohlstandsgrad besteht. In der Tat ist diese Behauptung die eigentliche Ursache für das anhaltende Interesse an seinen Thesen in China. Krugman zieht nämlich die Zukunft der ostasiatischen - und damit auch der chinesischen - Modernisierung in Zweifel und also implizit auch jeden Versuch, durch quantitative Extrapolation heutiger Wachstumstrends Chinas künftige Position in der Weltwirtschaft zu prognostizieren. In der heutigen Atmosphäre wachsenden nationalen Stolzes in China ist dies gleichbedeutend damit, gesellschaftlich-politische Empfindsamkeiten an wunder Stelle zu treffen. Diese Empfindsamkeiten reichen bis in die Wissenschaft hinein, denn beispielsweise sieht der Pekinger Ökonom Justin Lin Yifu das China des 21. Jahrhunderts nicht nur als aufsteigende Wirtschaftsmacht, sondern auch als Wiege der künftigen Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaft.

Setzen wir uns also mit dem Verhältnis von Modernisierung, Institutionen und Wachstum in China auseinander: Krugman's Aussagen lassen sich dann unmittelbar auch zur jüngeren wirtschaftshistorischen Literatur über "involutive Wachstumsmuster" in China in Beziehung setzen (Huang, 1991), so daß die Thematik weitreichende Bezüge zu verschiedenen Feldern der China-Forschung herstellt. Denn für die chinesische Vergangenheit ist in ähnlicher Weise wiederholt die These aufgestellt worden, daß die beträchtliche Dynamik der früh entstandenen chinesischen Marktwirtschaft letztendlich immer in die Sackgasse quantitativ-extensiven Wachstums geführt habe, und systematische Barrieren gegen die Entstehung einer Eigendynamik qualitativen Wachstums bestanden hätten: Die traditionelle chinesische Wirtschaft der späten Qing-Zeit war endgültig nicht mehr zu Innovationen in Technologie und Sozialorganisation in der Lage (klassisch hierzu Elvin, 1973, und Chao, 1986). Interessanterweise spielt in der theoretischen Konzeption Huangs eine wichtige Rolle, daß gerade die Blüte marktwirtschaftlicher Entwicklung in China dazu geführt habe, angesichts der bestehenden Relation zwischen Ressourcen und Bevölkerung eine optimales Wachstumsmuster in Gestalt technologischer Stagnation und Dominanz von Formen der Sozialorganisation gefunden zu haben, in denen die Umverteilung innerhalb von Primärgruppen wie der Familie eine prägende Rolle gespielt hat. Ein solches Muster habe sich dann bis in die späten siebziger Jahre dieses Jahrhunderts fortgeschrieben, und erst die ländliche Industrialisierung der achtziger Jahre sei in der Lage gewesen, diesen Zirkel zu durchbrechen. Dabei sieht Huang gerade den interventionistischen Charakter der ländlichen Industrialisierung als Schlüssel an, um den Weg zum Durchbruch des Neuen zu öffnen. Das bedeutet unter anderem, daß die fehlende vollständige Privatisierung in diesem Bereich Voraussetzung dafür ist, daß aus den eigentlich der Modernisierung entgegenstehenden Marktprozessen dennoch positive Anreize für eine authentische Modernisierung entstehen.

Nun fällt natürlich auf, daß die ländliche Industrie Chinas eindeutig außerhalb der Strukturen des "offiziellen" Wirtschaftssystems operiert. In diesem Sinne bleibt sie dualistischen Strukturen verhaftet. Außerdem sind eindeutig zufällige historische Faktoren für ihre besondere Dynamik verantwortlich, wie etwa die starke Kreditexpansion in der Mitte der achtziger Jahre, oder regionalwirtschaftliche Synergien wie zwischen Shanghai und Jiangsu. Bis heute gibt es andererseits weite Gebiete Chinas, wo in keiner Weise ein Durchbruch der ländlichen Industrialisierung verzeichnet werden kann.

Wenn wir nun den phänomenalen weltwirtschaftlichen Aufstieg des chinesischen Kulturaums in den letzten zwei Jahrzehnten näher betrachten, dann fällt freilich auf, daß vielfältige historische Koinzidenzen immer wieder eine entscheidende Rolle gespielt haben: Genauer gesagt, hat als anhaltende Triebkraft die rasche Bereitschaft chinesischen Unternehmertums gewirkt, sich an spezifische Umweltbedingungen und historische Konstellationen anzupassen. Sehr häufig übte auch der historische Tatbestand einer säkularen Verschiebung - Wanderung - der chinesischen Bevölkerung im asiatisch-pazifischen Raum einen bestimmenden Einfluß aus.
Solche Koinzidenzen lassen sich zu Dutzenden finden. Zum Beispiel erklärt sich der Wohlstand vieler Auslandschinesen heute paradoxerweise durch die Folgen wirtschaftspolitischer Diskriminierung in vielen Staaten des asiatisch-pazifischen Raumes (East Asia Analytical Unit 1995, S. 67; Far Eastern Economic Review vom 9. 11. 1995, S. 60ff.). Chinesen wurden immer wieder in Nischen wirtschaftlicher Aktivitäten abgedrängt, die sich zu einem späteren Zeitpunkt als äußerst ertragreiche Geschäftsfelder erwiesen, wie etwa die Entstehung einer dominanten philippino-chinesischen Position im Bankensektor der Philippinen zeigt, wo Chinesen lange Zeit Tätigkeiten in industriellen Kernbereichen der Wirtschaft verschlossen waren. Gleichzeitig blieben viele gesellschaftlich-politische Karrieren den Chinesen unzugänglich, so daß sozialer Aufstieg nur durch geschäftlichen Erfolg erreichbar war.
Insofern ließe sich die ökonomische Dynamik des chinesischen Kulturraumes in wesentlicher Hinsicht als diejenige einer "Nischenwirtschaft" kennzeichnen, und zwar bezüglich des Grades der sozioökonomischen Integration ebenso wie bezüglich der auftretenden Spezialisierungsprozesse. Wir wollen unter "Nischenwirtschaft" eine Form unternehmerischen Handelns verstehen, die sich im wesentlichen außerhalb der formalen Strukturen eines konkreten Wirtschaftssystems vollzieht, und die sich auf spezifische Spezialisierungsmöglichkeiten stützt, die entweder dadurch entstehen, daß bestimmte Märkte systematisch nicht durch andere Anbieter abgedeckt werden, oder vor allem dadurch, daß gerade dadurch transaktionsspezifische Kostenvorteile entstehen, daß die Unternehmer außerhalb der formellen Wirtschaft operieren und alternative, effizientere Formen der Organisation von Transaktionen verwenden. Ein Musterfall ist die Spezialisierung auf den informellen Kreditsektor unter den Bedingungen finanzieller Repression in Entwicklungsländern, wo einerseits eine Überschußnachfrage nach Kredit-Dienstleistungen besteht, andererseits aber Operationen außerhalb der

offiziellen Wirtschaft besondere Mechanismen der Vertrauensbildung voraussetzen.

Die Expansion chinesischen Unternehmertums in der Nischenwirtschaft fand paradoxerweise nicht nur in der Diaspora statt. Die taiwanesische Wirtschaftsentwicklung hat sich ebenfalls vor dem Hintergrund eines ausgeprägten sozioökonomischen Dualismus zwischen den festländischen und den taiwanesischen Bevölkerungsgruppen vollzogen, der letzteren lange Zeit nur die wirtschaftliche Karriere als Weg zu gesellschaftlichem Ansehen ließ (Chang, 1994). Diese Diskriminierung reichte bis in die Wirtschaftspolitik im engeren Sinne hinein: Die Modernisierungsvorstellungen der Guomindang führten erst vergleichsweise spät zu einer positiven und gleichberechtigten Behandlung der kleineren und mittleren Unternehmen taiwanesischer Familien und folgten lange Zeit der Vorstellung, daß der Staat letzten Endes an die Front des technischen Fortschritts stehen müsse: Eine Sicht, die auch durch westliche Modernisierungstheorien gestützt wurde (Bosco, 1996). Der Staat wiederum war zunächst ein festländischer. Konkret schlug sich dieser Dualismus unter anderem in einem segmentierten Kapitalmarkt nieder, in dem taiwanesische Unternehmen buchstäblich in eine "Subkultur" - nämlich einen soziokulturell segmentierten, grauen Kreditmarkt - abgedrängt wurden, während die großen staatlichen Banken sich auf die öffentlichen Unternehmen und die großen Betriebe konzentrierten, die historisch teilweise noch auf die japanische Kolonialzeit zurückgingen (Wade, 1990, S. 159ff.).

Die Tatsache, daß taiwanesische Unternehmen zu einem großen Teil in einer - wenn auch gesamtwirtschaftlich schließlich dominanten - "Nischenwirtschaft" existierten, erklärt zu einem beachtlichen Umfang auch die Leichtigkeit und Flexibilität, mit der sie heute das Festland wirtschaftlich erschließen. Die lange geübten Fertigkeiten bei der Finanzierung unternehmerischer Aktivitäten unter diskriminierenden Rahmenbedingungen sind beispielsweise in der VR China eine gute Voraussetzung dafür, sich mit den ungünstigen Rahmenbedingungen des weithin noch staatssozialistisch geprägten Bankensystems auseinanderzusetzen (Herrmann-Pillath, 1994b, S. 212ff.).

Wenn wir nun das Argument der "Nischenwirtschaft" auf die Spitze treiben wollen, so könnten wir sogar behaupten, daß der eindeutig dynamischste Sektor der festländischen Wirtschaft, nämlich die ländliche Industrie, in einer ähnlichen Weise außerhalb der staatlich etablierten Strukturen steht und seine Kraft aus spezifischen Spezialisierungsprozessen schöpft. Einerseits ist die ländliche Industrie kaum betroffen von Regulierungen des formalen

Wirtschaftssystems, etwa hinsichtlich der Arbeitsbedingungen und damit der Kosten des Einsatzes des Faktors Arbeit. Andererseits ist seit längerem bekannt, daß viele ländliche Industrieunternehmen gewissermaßen in Symbiose mit staatlichen Unternehmen existieren, die sie mit Technologie und anderen wichtigen Ressourcen versorgen, weil diese im Interesse der staatlichen Unternehmen außerhalb der formalen Wirtschaft besser eingesetzt werden können. Gleichzeitig konnten die ländlichen Unternehmen in Marktnischen existieren, die zum Beispiel wegen hoher Transportkosten innerhalb Chinas entstehen, und Märkte bedienen, die vom lange Zeit noch planwirtschaftlich geprägten Staatssektor vernachlässigt worden waren.
Ähnliches gilt für viele Unternehmen mit ausländischen Kapital, die von Taiwanesen und Hong Kong-Chinesen auf dem Festland gegründet worden sind, und die allerdings von einem höheren Niveau des technischen Fortschritts aus operieren: Das bedeutet, für das Festland entstand ein einmaliger Schub des Technologietransfers. Gerade an dieser Stelle wird auch deutlich, warum alle diese Beobachtungen mit dem eingangs diskutierten Argument von Krugman zusammenhängen: Ein großer Teil der innerchinesischen Investitionsströme erklärt sich durch eine Anpassung an veränderte Bedingungen der Wettbewerbsfähigkeit traditioneller Exportindustrien in den Ursprungsgebieten, wie etwa die vielzitierte Schuhproduktion in Taiwan. Die Verlagerung in die VR China ist nun weitestgehend nicht mit technischen Fortschritt auf der Seite der Kapitalgeber verbunden, sondern führt zunächst nur zu einer quantitativen Expansion, die vor allem den festländischen Überschußfaktor Arbeit extensiv nutzt. In diesem Sinne ergibt sich weder für die Urspungs- noch die Empfängerregion ein anhaltender Impuls zur wirtschaftlichen Modernisierung auch im weitesten Sinne, denn die Existenz der Unternehmen in der "Nischenwirtschaft" bleibt beispielsweise auch ohne nachhaltige Wirkung für institutionelle und organisatorische Innovationen in den Unternehmen des gesamtwirtschaftlich weiterhin dominanten Staatssektors.
Es ist deshalb verständlich, daß sich die Geister bislang scheiden, wenn es um die Beurteilung der langfristigen Wirkungen der sich entfaltenden Arbeitsteilung im chinesischen Kulturraum geht. Die Optimisten (etwa (Lin/Chen, 1996) sehen eindeutige Modernisierungsimpulse für die Regionen, die Ursprung von Kapitalströmen sind, und die letzten Endes gewissermaßen zu "Modenisierungslokomotiven" des gesamten Raumes werden. Die Pessimisten hingegen sehen die Gefahr technologischer Stagnation, da nach

wie vor nicht die geeigneten Rahmenbedingungen gegeben sind, die nischenwirtschaftliche Dynamik auch in eine Dynamik des gesamten Wirtschaftssystems zu transformieren, konkret etwa bei der Einschätzung der Chancen Taiwans, zu einem asiatisch-pazifischen Wirtschaftszentrum zu werden (vgl. die Kontroverse in Jingji qianzhan Nr. 41, 1995, S. 10-28). Mutatis mutandis, gelten aber alle diese Überlegungen auch für das Festland und seine Problematik des Nebeneinanders nischenwirtschaftlicher Dynamik der ländlichen Industrie und Stagnation des formellen - hier also staatswirtschaftlichen - Sektors.

3. Modernisierung durch staatliche Intervention: Wachstum als nationale Aufgabe

Die soeben angestellten Überlegungen werden von vielen Beobachtern in Ostasien und China geteilt, indem immer wieder argumentiert wird, die endogene Entwicklungsdynamik der eigenen Volkswirtschaften führe über kurz oder lang an Grenzen der technologischen und wirtschaftlichen Innovationsfähigkeit vor dem Hintergrund internationaler Wettbewerbsprozesse. Daher wird typischerweise gefordert, daß der Staat eine führende Rolle in der wirtschaftlichen Modernisierung spielen müsse. Die anhaltende Praxis und fortlaufenden Forderungen nach Industriepolitik sind nichts anderes als der Spiegel dieser pessimistischen Einschätzung der unregulierten Entwicklungsbedingungen.

- Für das taiwanesische Modell war seit jeher charakteristisch, daß der Staat davon ausging, die kleinen und mittleren Unternehmen könnten ohne eine industriepolitische Führungsrolle des Staates keine authentische Modernisierung bewältigen. Heute verfolgt die taiwanesische Regierung zwar ein umfassendes Programm der institutionellen Liberalisierung und Integration in weltwirtschaftliche Zusammenhänge, etwa im Kontext der Privatisierung und Deregulierung des Bankensystems und der Liberalisierung des Kapitalverkehrs: gleichzeitig soll der Staat aber auch eine aktive industriepolitische Rolle behalten (vgl. Jingji qianzhan, Nr. 41, 1995, S. 104-109).
- In Hong Kong wird hingegen mancherseits eine stärkere industrie- und technologiepolitische Rolle des Staates gefordert, um die kommende

"Manhattisierung" zu begrenzen und vor allem das technologische Know-how zu bewahren und auszubauen, das über Hong Kong letzten Endes auch für die industrielle Entwicklung Guangdongs von großer Bedeutung ist; Beobachter konstatieren, daß Hong Kong in wichtigen Bereichen der pazifischen Hochtechnologie inzwischen ein Schlußlicht ist (Far Eastern Economic Review vom 21.12.1995, S. 50ff. und vom 22.8.1996, S. 66f.; vgl. Tsang, 1994).

- In der VR China schließlich sehen viele Betrachter die Notwendigkeit, die Position zentraler wirtschaftspolitischer Instanzen erneut zu stärken, um zu verhindern, daß die marktwirtschaftliche Entwicklung in eine Sackgasse qualitativer Stagnation oder gar Regression führt; nur ein fiskalisch starker Staat kann etwa die unerläßlichen industriepolitischen Steuerungsfunktionen ausüben (Herrmann-Pillath, 1995a).

Wenngleich also das heutige Bild differenziert ist, so fällt doch eines auf: Auf der einen Seite wird der Staat als notwendige Triebkraft der Modernisierung aufgefaßt, auf der anderen Seite findet aber die Wachstumsdynamik in einer Nischenwirtschaft statt, die teilweise außerhalb der staatlich gesetzten Strukturen und staatlich regulierten marktwirtschaftlichen Zusammenhänge operiert. Immer wieder erhebt der Staat dann den Anspruch, diese Nischenwirtschaft stärker regulieren zu müssen, um den eigentlich entscheidenden Impuls zur Modernisierung zu geben.

So finden wir heute in der VR China ähnliche Argumente bezüglich der ländlichen Industrie wie in früheren Zeiten in Taiwan hinsichtlich der traditionellen Familienunternehmen: In beiden Fällen wird eine dynamische Ineffizienz konstatiert, die nur durch eine staatliche Industriepolitik abgebaut werden könne. Diese und verwandte Vorstellungen zur notwendigen Rolle des Staates für den wirtschaftlichen Fortschritt treten im chinesischen Kulturraum erst allmählich in den Hintergrund, vor allem in Taiwan als Begleiterscheinung des politischen Wandels, insbesondere aber durch den starken Einfluß amerikanisch ausgebildeter Ökonomen in Politik und Beratung; in Singapur sind sie noch äußerst stark präsent, in nur in Hong Kong verblaßten sie durch das kulturelle Agglomerat zwischen südchinesisch/Shanghainesischem Unternehmertum und britischer Laisser faire Doktrin. In der VR China jedoch sind die Ideen von der wachstumspolitischen Avantgarde des Staates jetzt erneut bzw. weiterhin dominant und eng verschmolzen mit den politischen Ansprüchen auf eine starke nationalstaatliche Position Chinas in der

Weltgesellschaft: Wirtschaftspolitik ist Modernisierungspolitik mit dem Ziel, China in ein "reiches und mächtiges" Land zu verwandeln.

Ich möchte diese Beobachtungen nun mit einem beherzten analytischen Schritt in einen universalhistorischen Zusammenhang stellen, um Chinas künftige Stellung in der Weltwirtschaft besser beleuchten zu können. Offensichtlich können wir einen gewissen Gegensatz zwischen nischenwirtschaftlicher Dynamik und den Anforderungen wirtschaftlicher Modernisierung feststellen: Es ist konkret der Gegensatz beispielsweise zwischen dem Reichtum, den chinesische Unternehmer in Gestalt von Immobilien und damit einem traditionell äußerst geschätzten Mittel der Wertaufbewahrung angehäuft haben (und dessen Wert durch die asiatisch-pazifische Wirtschaftsdynamik kontinuierlich zunimmt) auf der einen Seite, und auf der anderen Seite der scheinbar unaufhebbaren technologischen Abhängigkeit der Wirtschaft des chinesischen Kulturraumes von technologischen Infusionen aus anderen Kulturräumen, wie im Falle Taiwans aus Japan, aber natürlich auch den USA.

Bei der Wahrnehmung dieses Gegensatzes tritt nun immer wieder die Überlegung in den Vordergrund, daß die endogene marktwirtschaftliche Dynamik weitestgehend traditionell geprägt ist (also "ländlich", "familiengebunden" etc.), und daß letzten Endes nur dann eine wirkliche Modernisierung der chinesischen Wirtschaft und Gesellschaft stattfinden wird, wenn sämtliche Elemente der Tradition ausgewischt worden sind. Dies ist die gemeinsame Überzeugung aller Modernisierungsprogramme führender politischer Kräfte im China des 20. Jahrhunderts (vgl. P.A. Cohen, 1988; M. Cohen, 1994). Daß in Taiwan eine künstlich rekonstruierte chinesische Tradition politisch gepflegt wurde, geht im wesentlichen auf das Erfordernis zurück, eine nationale Gegenidentität zum bilderstürmerischen Maoismus des Festlandes zu bilden (Chun, 1994). Doch war auch schon der Sunyatsenismus in wesentlicher Hinsicht eine antitraditionelle politische Philosophie, die eine umfassende Begründung modernisierungspolitischer Interventionen in die Wirtschaft lieferte: also beispielsweise staatliche Beschränkungen des eben erwähnten traditionellen Motivs der Akkumulation von Immobilienvermögen mit dem Ziel, Investitionen in produktives Realkapital zu fördern.

Der Gegensatz zwischen "Modernisierung" und "Tradition" hat sich nun besonders in der VR China immer wieder extrem zugespitzt und wurde stets mit Vorstellungen zur staatlich gelenkten Wirtschaftsentwicklung verbunden. Einfach formuliert, hat der Staat die Aufgabe, China unmittelbar aus dem

"Feudalismus" in die "Moderne" zu katapultieren, und "feudale" Traditionen gefährden immer wieder den Erfolg der Entwicklung. Modernität meint Staat, und also modernes Wirtschaftswachstum staatliche Intervention.

Der immense, geradezu tiefenpsychologisch in der chinesischen Intelligenz verankerte Glaube, daß die chinesische Tradition ein grundlegendes Hemmnis der Modernisierung auch im Sinne wirtschaftlicher Entwicklung ist, kann in seiner Bedeutung gar nicht unterschätzt werden. Ungeachtet aller wirtschaftspolitischer Rhetorik seit 1949 ist er der eigentliche Grund, warum die Politik stets prinzipielle Vorbehalte gegenüber einer möglichen Eigendynamik ländlicher Entwicklung besessen hat (wie gerade jüngst wieder hinsichtlich der rapide zunehmenden Wanderungsbewegungen der chinesischen Bauern). Immer wieder werden Elemente der Tradition als Barrieren gegen Entwicklung identifiziert, wie zum Beispiel die Realteilung als eine Familiennorm, die letzten Endes verhindere, daß Größenvorteile der Landnutzung entstehen, ein Argument, das systematisch deckungsgleich mit der Kritik an den Familienunternehmen in der Industrie ist, denn dort läßt sich eine ähnliche Tendenz zur Schrumpfung der durchschnittlichen Unternehmensgröße wegen der Teilung im Erbfall verzeichnen (Zhu Qiuxia, 1995, S. 216ff.; Wong, 1988; Bosco, 1996). Nach der kommunistischen Machtübernahme waren sich viele Ökonomen in und außerhalb Chinas in dem Befund einig, daß die traditionellen Verbrauchsmuster in der traditionellen Religion der produktiven Vermögensbildung abträglich seien. Oder das traditionelle Familienunternehmen wird als suboptimale Organisationsform gekennzeichnet, die nur in bestimmten Branchen leistungsfähig ist (wie etwa im notorischen Immobilien- und Baugeschäft). Ein weites Feld betrifft schließlich die traditionelle Kultur des Schenkens und der Cliquen, die in Gestalt der Korruption und der Mafia häufig als wichtige Ursache schlechter Rahmenbedingungen für Investitionen identifiziert wird.

An diesen Einschätzungen ist eigentlich erstaunlich, wie wenig schöpferisch und positiv die Rolle der chinesischen Tradition für die heutige Dynamik gesehen wird. Der weitaus größte Teil positiver Rezeptionen nimmt auf ein intellektuelles Konstrukt des "Konfuzianismus" Bezug und rekonstruiert dann diese Tradition im Spiegel der Wahrnehmung intellektueller Eliten, die sich gleichzeitig als Träger kulturalistisch-nationaler Identität begreifen; dieses Bild der Tradition wird dann auch nach dem Westen exportiert und in Konzepten wie dem "Postkonfuzianismus" kolportiert. Selbst an dieser Stelle wird also zumindestens implizit eine Dominanz staatlichen Handelns vorausgesetzt, im

Sinne der legitimen Definition von "guter" Tradition im Gegensatz zu "schlechter", also "feudaler" Tradition. Doch führt dies im Verbund mit Vorstellungen radikaler Modernisierung natürlich in innere Widersprüche und nährt den immer wiederkehrenden Diskurs über die nationale und kulturelle Identität Chinas: Denn es entsteht der Bedarf nach einem artifiziellen Ersatz für die "schlechte" Tradition (Fitzgerald, 1995). Regelmäßig wird dann aber ein Konnex zwischen Nationalismus und interventionistischer Wirtschaftspolitik hergestellt, der bezeichnenderweise an Jahrhunderte alte intellektuelle Traditionen chinesischer Eliten anknüpft, die keine Vorstellung von der Selbststeuerung der Wirtschaft im Sinne der Smithschen geistigen Revolution entwickelt hatten (Zhao, 1986, S. 292).

4. Das Dilemma staatlich gelenkter Modernisierung in China: kultureller Wirtschaftraum versus nationalstaatliche Wirtschaft

Aus dieser Perspektive stellt die Forderung nach wirtschaftlicher Modernisierung eine schier unauflösbare Aporie dar: Denn sie scheint den Verzicht auf jene - lebensweltliche - chinesische Tradition nach sich zu ziehen, die auf der anderen Seite genau das Medium darstellt, in dem jene Nischenwirtschaft floriert, in der das chinesische Unternehmertum blüht. Da die Nischenwirtschaft bislang auch das eigentliche Medium der wirtschaftlichen und der kulturellen Integration des chinesischen Wirtschaftsraumes über bestehende politische Grenzen hinweg ist (also etwa in Gestalt der Integration zwischen Hong Kong und Guangdong), ist diese Problematik auch eine politische im Kontext des chinesischen "state-building", also einem anderen zentralen Bereich der Modernisierung seit dem 19. Jhd.

Wird nämlich an die Stelle der lebensweltlichen Traditionen der Nischenwirtschaft ein alternatives Konstrukt nationalstaatlicher Moderne gesetzt, so zieht das uno actu die Fragen nach regionalen Identitäten, nach staatlichen Grenzen oder nach politischen Alternativen zur Durchsetzung von Interessen nach sich; nicht umsonst hat die Idee des "Internationalismus" in China immer wieder große Ausstrahlungskraft ausgeübt, denn sie vermeidet diese Konsequenz (vgl. Jin Guantao, 1994). Die Definition einer chinesischen Kultur ist dann gleichbedeutend mit der Definition eines chinesischen Staates. In diesem Falle ist es aber angesichts der Vielfalt der gelebten Tradition nicht eindeutig, wo die *gemeinsamen* Grenzen von Staat und Kultur zu ziehen sind. Dies zeigt gerade die Modernisierung Taiwans in aller Deutlichkeit und wird in Hong Kong hinter der Fassade des geschäftlichen Imperativs lediglich verdeckt: Selbst in Hong Kong bestehen Ansätze zu einer eigenständigen Identität (Lau/Kuan, 1988, S. 178ff.).

Erneut zugespitzt formuliert, würden wir also erst heute die endgültige Auflösung des chinesischen Imperiums verfolgen, dessen Herrschaftsstrukturen tief in traditionellen Verhaltensnormen und Ordnungsvorstellungen verwurzelt waren, die gemeinhin als "Kulturalismus" bezeichnet werden, und in denen sich die Frage nach Staat, Nation und Kultur in anderer Weise stellte als in Europa.

Die wirtschaftliche Modernisierung im bislang skizzierten Sinne würde dann nur zwei Alternativen zulassen: Entweder die Auflösung des Reichs in

kleinere, moderne nationale Staatswesen oder die herkulische, universalhistorisch eventuell tragische - weil militärisch-strategisch destabilisierende, eventuell explosive - Aufgabe der vollständigen Transformation des Reichs in einen zentralisierten, modernen Nationalstaat: Den größten Nationalstaat der Geschichte. Genau die zweite Zieloption haben aber alle politisch obsiegenden Kräfte der Modernisierung im 20. Jhd. verfolgt.

Diese Interpretation folgt im wesentlichen auch geläufigen Vorstellungen zum "state-building" in China und spiegelt auch die gegenwärtigen Konfliktlinien vor allem zwischen dem Festland und Taiwan wider (Herrmann-Pillath, 1995b). Es stellt sich aber die Frage, ob diese Sicht wirklich die einzig mögliche ist. Wir könnten stattdessen versuchen, die gelebte chinesische Tradition in anderem Licht zu betrachten: Nämlich im Sinne der möglichen Transformation der Tradition als Medium der wirtschaftlichen Modernisierung und damit uno actu auch einem geänderten Verhältnis zwischen Staat, Nation und Kultur. Anders formuliert, könnte es sein, daß eine Modernisierung aus der Lebenswelt der Nischenwirtschaft heraus auch ein anderes Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft bedingt, daß sie also Integrationsmuster generiert, die sich von den gewohnten Kriterien von Nationalstaatlichkeit unterscheiden. Diese Fragestellung betrifft dann konkret die zwei großen Herausforderungen an Integrationsleistungen der chinesischen Gesellschaft heute, nämlich zum einen die kulturelle Integration zwischen Stadt und Land, mithin also auch die Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus, und zum anderen die politisch-gesellschaftliche Integration innerhalb des Kulturraumes.

Rücken wir zunächst die wirtschaftliche Seite in den Vordergrund. Knüpfen wir hier erneut an die Überlegungen Krugman's an, dann geht es offenbar um die Frage, in welchem Umfang institutionelle und normative Rahmenbedingungen für intensive und beschleunigte Innovationsprozesse entstehen werden, die Wurzeln in gelebten chinesischen Traditionen haben. Dies ist gleichbedeutend mit den Fragen nach der Bildung effizienter, leistungsfähiger Organisationsformen von wissensintensiven wirtschaftlichen Transaktionen, nach einer anhaltenden unternehmerischen Dynamik und nach der Möglichkeit von Kreativität im weltwirtschaftlichen Kontext. Derartige Überlegungen fließen regelmäßig ex post in Erklärungen zusammen, warum die ökonometrische Analyse in Fällen bestimmter Länder säkulare Veränderungen der totalen Faktorproduktivität identifizieren kann, wenn sie die Beziehung zwischen Faktoreinsatz und Wirtschaftswachstum zu verstehen sucht (Abramovitz, 1989, erstes Kapitel).

Die Frage nach der künftigen Bedeutung Chinas in der Weltwirtschaft ist also gleichbedeutend mit der Frage nach der Emergenz wissensintensiver und -dynamischer sozioökonomischer Strukturen, die Grundlage zunehmender internationaler Wettbewerbsfähigkeit des chinesischen Kulturraumes sein könnten. Aspekte der Tradition sind also vor allem für die Idee kulturspezifischer unternehmerischer Handlungsmuster von überragender Bedeutung (für den Fall Japans jüngst meisterhaft von Ikegami (1995) aufgezeigt).

Ich möchte diesen Punkt anhand von einigen konkreteren Beobachtungen diskutieren. Beginnen wir mit der Frage nach der Organisation wissensintensiver Transaktionen. Es ist allgemein bekannt, daß in der chinesischen Kultur bestimmte charakteristische Muster der Informationsverarbeitung auftreten, die - knapp gesagt - auf die Verwendung von Information als Machtinstrument zurückgehen und auf das Interesse, Information möglichst als privates Gut zu schützen (Redding, 1990, Kapitel 6). Zum Beispiel nutzen auslandschinesische Unternehmen bislang in signifikant geringerem Maße als andere Unternehmen wissensintensive Dienstleistungen wie etwa Beratungsfirmen jeglicher Ausrichtung, und innerhalb der Unternehmen besteht eine ausgeprägte Neigung zur Zentralisierung und Monopolisierung von Information. Beides zieht oft erhebliche Probleme bei der Unternehmensentwicklung nach sich und erschwert unter anderem die Delegation von Entscheidungsfunktionen (East Asia Analytical Unit, 1995, S. 141ff.).

Auf der anderen Seite stoßen wir auf ein "Henne-und-Ei"-Problem, wenn wir argumentieren können, daß dieses organisatorische Muster Folge der Operationen in einem lange Zeit extrem rechtsunsicheren Umfeld ist, insbesondere hinsichtlich des Schutzes geistiger Eigentumsrechte im weiteren Sinne. Betonen wir nämlich diesen Aspekt, so tritt eher die Kehrseite der Münze hervor, nämlich die offenbar vorhandenen, sozialstrukturellen Potentiale der Stabilisierung von Transaktionen durch Vertrauen (Kao, 1991). Wenn in den letzten Jahren stark betont wird, daß chinesische Unternehmen in sehr flexibler Weise in der Lage sind, Kooperationen und längerfristig stabile Netzwerke zwischen verschiedenen Unternehmen aufzubauen, dann setzt dies doch gerade voraus, daß über die Grenzen des Unternehmens hinweg Informationen weiter gegeben und geteilt werden (Lee, 1995). Das bedeutet, unter bestimmten Voraussetzungen ist zwar die formale Organisationsstruktur der einzelnen Unternehmung durch die angesprochenen Barrieren gegenüber

einer Teilung von Information gekennzeichnet, doch können auf der anderen Seite die persönlichen Beziehungen zwischen *verschiedenen* Unternehmern als Eigentümern der Unternehmen geeignet sein, diese Barrieren an anderer Stelle zu durchbrechen: Es entsteht also ein spezifisches Muster der Kombination von Markt *und* Hierarchie, und die erwähnten Analysen zu den Informationsdefiziten der traditionellen Unternehmung fassen einseitig nur den Aspekt der Hierarchie ins Auge.

Tatsächlich lassen sich solche Muster im chinesischen Kulturraum allerorts entdecken: So auch bei den Operationen der ländlichen Industrie des Festlandes, für die persönliche Vernetzungen mit staatlichen Organisationen und Unternehmen oft entscheidend sind, um Zugang zu Technologie und Informationen zu erhalten (Yang Mu, 1994; Hu Biliang, 1996). Wir können also feststellen, daß die scheinbar widersprüchlichen Beobachtungen zum Umgang mit Informationen damit zusammenhängen, daß wir einerseits hierarchische Strukturen betrachten und andererseits Austauschbeziehungen, die in längerfristig stabile soziale Beziehungen eingebettet sind. In der hierarchischen Struktur ebenso wie bei mehr oder weniger unpersönlichen Austauschbeziehungen lassen sich vielfältige Informationsbarrieren identifizieren, nicht aber - bzw. in anderer Weise - im Falle der in unterschiedlichster Weise sozial eingebetteten Austauschbeziehungen. Im letzten Fall ist die Vertrauensgrundlage gegeben, Informationen zwischen *gleichberechtigten* Partnern auszutauschen, auch wenn die entsprechenden wirtschaftlichen Transaktionen zum jeweiligen Zeitpunkt nicht reziprok ausbalanciert sind: Je stabiler die Vertrauensgrundlage, desto langfristiger orientiert kann die Bilanzierung der Austauschbeziehungen sein.

Dieses institutionelle Regime - heute zumeist als "network" bezeichnet - war in der Wirtschaftswissenschaft lange im Dualismus von Hierarchie und Markt ausgeblendet (OECD, 1991; Grabher, 1993a). Es ist in diesem Sinne kein spezifisch chinesisches, sondern ein universelles Phänomen (andere verwandte, kultur-unspezifische Begriffe sind etwa "embeddedness" von Granovetter). Jedoch können die konkreten Mechanismen, die Netzwerke stabilisieren, historisch hochgradig kontingent sein. Wenn wir nämlich fragen, woher dieses spezifische Muster der Informationsverarbeitung bei wirtschaftlichen Transaktionen in China kommt, so lassen sich meines Erachtens zwei unterschiedliche historisch-genetische Ursprünge entdecken.

Zum einen hat die oben skizzierte Wirtschaftskultur der "Nischenwirtschaft" und vor allem der Mobilität zur Folge gehabt, daß informelle Mechanismen der

Vertrauenssicherung langfristig dominierten, da sehr häufig die formalen Mechanismen wenig verläßlich waren oder sogar bewußt nicht fortentwickelt worden sind, denn sie wären in manchen Zielorten von Migration politisch kontraproduktiv gewesen. Zum anderen - und mit der letzten Beobachtung zusammenhängend - gibt es eindeutige Bezüge zur kulturellen Tradition Chinas, und zwar ebenso der "Great" wie der "Little Tradition". Hier wären vielfältige traditionelle Verhaltensmuster in zwischenmenschlichen Beziehungen zu nennen, bis hin zu spezifischen emotionalen Kompetenzen bei der Steuerung von sozialen Beziehungen (im Überblick die einschlägigen Kapitel 12, 18 und 20 in Bond, 1996). Ich möchte im Zusammenhang unseres Generalthemas jedoch Traditionen betonen, die eng mit der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft zusammenhängen.

Wenn wir nämlich die sozioökonomischen Strukturen der späten Qing- Zeit betrachten, so sticht der säkulare Trend einer Dominanz informeller Mechanismen der Vertrauenssicherung und Koordination wirtschaftlicher Transaktionen ins Auge, und zwar vor allem auch was die Schnittstelle zwischen Staat und Gesellschaft betrifft (Esherick/Rankin, 1991). Im Gegensatz zur (kontinental)europäischen Entwicklung - und vermutlich als Folge fehlenden militärisch-fiskalischen Konkurrenzdruckes - hatten sich staatlich gesetzte und garantierte formale Institutionen auf dem Rückzug befunden, als der Qing-Staat plötzlich in die Position eines Konfliktes mit dem westlichen Imperialismus geriet. Hier geht es freilich noch nicht um den Dualismus von Nischenwirtschaft und offiziellem Regime: Vielmehr waren Wirtschaft und Gesellschaft der Qing-Dynastie *systematisch* durch jene Strukturen geprägt, die später zum normativen Fundament chinesischer Nischenwirtschaft wurden.

Es ist meines Erachtens völlig verfehlt, diesen säkularen Trend lediglich als Ausdruck von innerem Verfall und Niedergang zu deuten, ebenso wie als "Feudalisierung", also als Primitivisierung der sozioökonomischen Strukturen. Diese und verwandte Interpretationen knüpfen nämlich wieder an die Dichotomie von "Moderne" und "Tradition" an und damit die ikonoklastische Prägung aller herrschenden chinesischen Modernisierungskonzeptionen im 20. Jahrhundert. Nichts zeigt dies deutlicher als die Tatsache, daß der heutige Begriff des "Feudalismus" ursprünglich positiv belegt war und eigentlich eine Stärkung lokaler Ordnungsmächte implizierte, im Sinne eines Aufbau der politischen und gesellschaftlichen Ordnung von unten nach oben, "feng jian" (Duara, 1994). In merkwürdiger Weise haben sich in der semantischen

Fortentwicklung des Begriffs dann ganz unterschiedliche soziale Phänomene als Bezugsgrößen vermischt, und nicht von ungefähr gehört hierzu auch die spontane Ordnung sozioökonomischer Transaktionen durch persönlich-informelle, langfristig stabile Vertrauensbeziehungen. Uno actu ist damit die Tradition in den Kohlenkeller der Moderne gerutscht: die Nischenwirtschaft.
In der wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Literatur zur späten Qing-Zeit wird die Entwicklung zur Informalisierung auch als säkularer Trend zur "Privatisierung" bezeichnet, im Sinne eines weitergehenden Rückzuges staatlicher Institutionen aus der Gesellschaft (Kuhn/Mann, 1985). Dieser Prozeß der Entstaatlichung der chinesischen Gesellschaft steht in krassem Widerspruch zu "Ver-Staatlichung" der aufsteigenden europäischen Nationen im gleichen Zeitraum. Insofern trafen Mitte des 19. Jahrhunderts eigentlich zwei gegenläufige welthistorische Entwicklungen aufeinander, und zunächst obsiegte das europäische Prinzip der "Ver-Staatlichung" von Wirtschaft und Gesellschaft aus dem einfachen Grunde, da dies die entscheidende Voraussetzung dafür ist, daß Regierungen hinreichend große fiskalische Extraktionspotentiale entwickeln, um im militärischen Wettbewerb gegeneinander bestehen zu können (Herrmann-Pillath, 1992). Damit wurde der Entwicklungstrend in China gebrochen; wesentlich scheint mir aber, daß im Anschluß an den Westkontakt ein paradoxer Umschlag des gesamten Entwicklungsprozesses der Gesellschaft stattfand.
Die nach China aus dem Westen importierte Idee des starken Nationalstaates, die sich dann im politischen Wettbewerb Chinas durchsetzte, knüpfte in einiger Hinsicht an ältere historische Strata sozioökonomischer Strukturen in China selbst an, nämlich die Idee eines bürokratisch-formal integrierten, unitarischen Zentralstaates, wie er seit der Reichsgründung durch Qin Shi Huangdi zwar zur prägenden Vorstellung staatlicher Ordnung geworden war, seit Mitte der Tang-Zeit jedoch nicht mehr die politische Realität abbildete (Twitchett, 1979). Dies ist deswegen bemerkenswert, weil auf diese Weise vermeintliche Modernisierungsprogramme tatsächlich mit grundlegenden, etwa auch volksreligiös verankerten, Ordnungsvorstellungen verschmolzen wurden, die eigentlich mit der sozioökonomischen Entwicklung der Qing-Zeit allmählich obsolet geworden waren - also gerade anti-modernistisch sind, soweit nicht die europäische Entwicklung, sondern die endogene chinesische als Maßstab betrachtet würde (vgl. Fitzgerald 1995; ein ähnliches Phänomen hat es auch in der Sowjetunion gegeben, siehe Simon, 1995). Der Import der Moderne aus dem Westen belebte historisch bereits obsolete Ordnungsvorstellungen

wieder, vermengte in unklarer Weise die Ideen der "Nation" mit derjenigen des "Imperiums" und erstickte auf diese Weise den endogenen Modernisierungsprozeß: der dann paradox als "Verfall" und "Entwicklungsversagen" bewertet wurde.

Die Frage stellt sich also, wie weit wir in der heutigen chinesischen Entwicklung nicht tatsächlich immer noch die Spannung zwischen dem Prinzip des unitarischen Zentralstaates - heute verkleidet im Konzept der modernen Nation - und jenem säkularen Prozeß der "Entstaatlichung" beobachten, für den so viele traditionelle soziale Institutionen der chinesischen Lebenswelt von der Familie bis zur Landsmannschaft so bestimmend waren. Dies ist eine positive ebenso wie eine normative Frage, und zwar nicht nur aus der Perspektive des Geschicks der chinesischen Nation heute, sondern vor allem auch hinsichtlich der Einschätzung, die wir bezüglich der spezifischen chinesischen Wirtschaftskultur bilden und ihrer möglichen Bedeutung für weltwirtschaftliche Innovations- und Wettbewerbsprozesse. Die allgemeine These, daß die Flexibilität informeller Beziehungen eigentlich nur ein Spiegel des Versagens formaler Institutionen und also insofern ihre relative Vorzugswürdigkeit nur ein Übergangsphänomen ist, entspricht nämlich exakt der historischen Bewertung des säkularen Trends der Ent-Staatlichung während der späten Qing-Zeit als Spiegel des Verfalls staatlicher Ordnungen, nicht aber als eines Stromes kreativer sozioökonomischer Neuerungen. Auf den Punkt gebracht: In welchem Umfang hat Chinas Modernisierung nicht eigentlich längst vor dem Zusammenstoß mit dem Westen eingesetzt, und wie weit hat die "Modernisierung" des 20. Jahrhunderts nicht sogar diese Entwicklung gebremst, also paradoxerweise die längst eingesetzte endogene Modernisierung verhindert?

Unsere Überlegungen stoßen also auf die Möglichkeit, mit einer Neubewertung der sozioökonomischen Trends in der späten Qing-Zeit in einem Zuge auch die gegenwärtigen Entwicklungen anders beurteilen könnten. Genau an dieser Stelle können wir nämlich die verschiedenen, scheinbar wirr-unverbundenen Fäden unserer Überlegungen zusammenführen. Ist beispielsweise ein Regime informell-persönlicher Transaktionen zwischen Familienunternehmen weniger leistungsfähig bei der Informationsverarbeitung und verlangt es also starke staatliche Interventionen etwa im Bereich der Technologiepolitik? Wir hatten bereits gesehen, daß eine bejahende Antwort auf diese Frage lange Zeit der Wirtschaftspolitik Taiwans zu Grunde lag und heute wieder als ein Argument verwendet wird, um eine

auch fiskalisch starke Position des chinesischen Zentralstaates in der VR China einzufordern, der industriepolitische Lenkungspotentiale besitzt und diese dann unter anderem im Bereich der ländlichen Unternehmen ansetzt. Das bedeutet, es wird prinzipiell davon ausgegangen, daß eine größere Flexibilität und Dynamik auf lokaler und privater Ebene zwar kurz- und mittelfristig Expansionsmöglichkeiten schafft, langfristig aber aufgrund von Defekten des Prozesses der Akkumulation und Verarbeitung von Wissen eine Entwicklungssackgasse erreicht wird. Insofern gibt es engste, wenn auch oft verdeckte Verbindungen zwischen den Problembereichen der Modernisierung, der staatlichen Entwicklung und der Wettbewerbsfähigkeit und Dynamik von Unternehmen.

Insgesamt spitzt sich also eine solche Argumentation immer wieder auf den Gegensatz zu zwischen:

- nationalstaatlicher Moderne und staatlich gelenktem ökonomischen Fortschritt
- und kulturell geprägtem Wirtschaftsraum mit traditionellen, letztlich stagnativen wirtschaftlichen Entwicklungsmustern.

Gibt es nun Ansätze, die es erlauben könnten, dieser konzeptionellen Dichotomie ein *Tertium datur* entgegenzustellen? Könnte der Trend der Entstaatlichung in der späten Qing-Zeit in irgendeiner Weise in der Gegenwart wieder gefunden werden, oder ist er in der Nischenwirtschaft ausgelaufen? Tatsächlich gibt es neuerdings viele Stimmen in Asien, die ein Tertium Datur verkünden und dies gar als notwendige Entwicklungstendenz der Weltgesellschaft ansehen: Der Niedergang des Nationalstaates wird beschworen, die Auflösung staatlicher Grenzen als definierenden Bestandteilen der Volks-Wirtschaft und offener Regionalismus werden als treibende Kraft wirtschaftlicher Dynamik, starre Hierarchien multinationaler Unternehmen werden als Bremsen unternehmerischer Kreativität identifiziert. Ein solches Bild weicht weit von dem bisherigen Verständnis des "ostasiatischen Modells" ab, denn wenn der Nationalstaat in den Hintergrund rückt, dann verliert er unter anderem auch seine industriepolitischen Lenkungspotentiale. Integration wird nicht mehr auf nationaler Ebene definiert und gemessen, sondern auf regionaler, funktionaler, kultureller. Die Ein-Dimensionalität des Nationalstaates wird durch die Multi-Dimensionalität der regionalen und globalen "Netzwerk-Gesellschaften" ersetzt.

Management-Gurus wie Ohmae und Naisbitt propagieren diese Konzepte mit Nachdruck - freilich ohne auf die möglichen historischen Wurzeln zu

verweisen. Im Falle Chinas müßten wir nämlich jetzt konstatieren, daß solche Trends nach den tiefen Krisen des 20. Jahrhunderts tatsächlich an traditionelle sozioökonomische Strukturen der späten Qing-Zeit anknüpfen würden. China besitzt eine Tradition der Modernisierung.

5. Die Tradition der Modernisierung und Chinas künftige Rolle als weltwirtschaftliche Wachstumsregion

Betrachten wir nun die möglichen Entwicklungen, die sich zur Zeit im chinesischen Kulturraum abzeichnen, und die mit den bislang skizzierten Problemfeldern zusammenhängen, nämlich vor allem durch die Gleichzeitigkeit von wirtschaftlicher Integration, Wandel staatlicher Institutionen und unternehmerischer Dynamik. Es ist in dieser Hinsicht faszinierend, daß manche Einschätzungen in der Region selbst betonen, daß die Wechselwirkung zwischen diesen verschiedenen Prozessen zur Emergenz neuer Muster sozio-ökonomischer Integration führt, vor allem hinsichtlich der zurückgehenden Bedeutung von nationalstaatlichen Strukturen für die wirtschaftliche Entwicklung und für die wachsende Bedeutung der Selbstorganisation auf der Ebene von Unternehmen und von lokalen öffentlichen Institutionen (Huang, 1995). Für die chinesische Integration wird daher beispielsweise häufig der westliche Ausdruck "Greater China" abgelehnt, weil er eine politische Integration suggeriert; stattdessen wird unter anderem das Konzept der "Koordination wirtschaftlicher Systeme in China" empfohlen, in dem der Gedanke nationalstaatlicher Integration eine geringe Bedeutung besitzt und stattdessen Konzepte wie die lokale Liberalisierung und interregionale Kooperation auf der Basis von Reziprozität betont werden. Auch hier mag wieder behauptet werden, daß solche scheinbar schwachen Ansprüche lediglich positiv verklausulieren, daß angesichts der politischen Unsicherheit der künftigen Entwicklungen im chinesischen Kulturraum weitergehende Lösungen kaum realistisch sind. Doch würde dies auch bedeuten, daß dann auch genau in dieser Richtung weiterreichende politische Initiativen - und sei es solche mit nationalistischer Energie - im Prinzip positiv zu werten wären.

Ich möchte hier die gegenteilige Auffassung vertreten: Ich bin der Meinung, daß die gegenwärtigen Entwicklungen der chinesischen Integration gerade deshalb, weil die politischen Konstellationen eine endgültige nationalstaatliche

Integration verhindern, zur Folge haben, daß der von den politischen Wirren und Krisen des späten 19. und 20. Jahrhunderts verdeckte säkulare Trend der Ent-Staatlichung des chinesischen Kulturraumes wieder in den Vordergrund rückt und daß auf diese Weise also eine genuin chinesische und endogene Modernisierung erneut Platz greift, die eine eigentliche Verbindung zwischen Tradition und Moderne schafft im Sinne, daß ein gewichtiger Teil dessen, was die Modernisierungsprogramme die 20. Jahrhunderts als "Tradition" identifiziert und verworfen hatten, tatsächlich bereits wichtige Elemente eines Modernisierungsprozesses enthalten hat.

Und ich behaupte, daß genau diese historische Kontinuität die Entstehung von Institutionen und Organisationen in der Wirtschaft und vor allem auch an der Schnittstelle Wirtschaft/Staat nach sich ziehen wird, die in der künftigen weltwirtschaftlichen Entwicklung Grundlage langfristig hoher Wettbewerbsfähigkeit des Raumes sein werden. Beispielsweise führt das Nebeneinander verschiedener Rechtsräume im chinesischen Kulturraum dazu, daß in der Konfliktlösung bei Handelsstreitigkeiten und Kooperationen die private internationale lex mercatoria in deutlich größerem Umfang Anwendung findet als in nationalstaatlich und zwischenstaatlich hochintegrierten Räumen (vgl. Chen Dongbi, 1995). Wird die lex mercatoria aber - wie von manchen (siehe umfassend Schmidt-Trenz, 1990) tatsächlich als das leistungsfähigere rechtliche Regime angesehen, dann könnten die entstehenden Erfahrungsvorteile langfristig entscheidende Wettbewerbsvorteile durch Transaktionskostenvorsprünge zur Folge haben. Da zudem ein impliziter Wissens- und Erfahrungstransfer aus den unterschiedlichen Rechtsräumen auch in die chinesische Binnenwirtschaft erfolgt, wäre letzten Endes vorstellbar, daß diese Rechtspraxis auch die ländlichen Räume Chinas erfassen könnte, die aus ihrer nischenwirtschaftlichen Konstitution heraus sich entwickeln. Damit entstünde ein neuer Rechtsraum, der gleichzeitig enge Familenähnlichkeiten - weniger historisch-genetische Bezüge - zur lebensweltlichen Rechtstradition Chinas in der späten Qing-Zeit aufwiese.

Ein solches Beispiel zeigt, daß Krugman's Sicht der asiatischen Entwicklung, wird sie besonders auch auf den Fall der VR China bezogen, eventuell zu Recht behauptet, daß die enge Verbindung zwischen Staat, Modernisierung und wirtschaftlicher Entwicklung nicht zu einem intensiven Wachstumsmuster Anlaß geben konnte, daß aber gerade die Auflösung dieses politisch oktroyierten Zusammenhanges durch die chinesische Integration den Übergang zu einem intensiven Wachstumsmuster nach sich ziehen wird.

Betrachten wir einige Aspekte dieser möglichen Argumentation genauer, und zwar anhand zentraler Stichworte.

öffentlich/private Netzwerke: Ohne Zweifel ist die Auflösung fester staatlicher Strukturen im Gefolge der rapiden Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre einer der wichtigsten langfristigen sozioökonomischen Trends. Viele lokale öffentliche Institutionen können mit der Entwicklung nicht Schritt halten und werden, wo entsprechende Potentiale vorhanden sind, durch öffentlich-private Netzwerke ersetzt, konkret also zum Beispiel öffentlich-private Infrastrukturprojekte der ländlichen Urbanisierung, wo wesentliche Planungs- und Finanzierungsfunktionen von Privaten übernommen werden, und wo der Staat - in Gestalt der Kreisregierung - nur noch koordiniert und subventioniert. Gerade in jenen dynamischen Gebieten der Küste, wo neben eine starke Expansion der ländlichen Industrie ein ebenso starker Zustrom von auslandschinesischem Kapital tritt, erscheint dieser Wandel von Staatsfunktionen besonders augenfällig. In Gebieten, wo keine ähnlich günstigen Ausgangsbedingungen zu verzeichnen sind, besteht das zentrale Problem der Entwicklung gegenwärtig darin, daß allein wegen der staatlichen Finanzkrise dieselben Verfallserscheinungen Platz greifen, allerdings ohne gleichzeitige Entstehung tragfähiger öffentlich-privater funktionaler Substitute. Daraus leitet sich gegenwärtig zwar die Forderung nach einer erneuten Stärkung des Staates ab, doch läßt sich diese Forderung kaum wirksam umsetzen. Stattdessen müßte staatliche Entwicklungspolitik genau jene Ent-Staatlichung weiter fördern und ihr stabile Rahmenbedingungen etwa rechtlicher Natur setzen. Angesichts der Vielfalt möglicher regionaler Lösungen könnte es sich hier aber nur um allgemeine Rahmennormen handeln.

Privatisierung staatlicher Funktionen: In gewisser Hinsicht ähnelt diese öffentlich-private Kooperation den sozioökonomischen Bedingungen in den USA während des raschen Aufstieges im 19. Jahrhundert, und so fehlt es denn in China heute auch nicht an "Räuberbaronen" und anderen Figuren ungebändigter kapitalistischer Dynamik. Verbleiben wir hier nur bei der positiven Seite der Phänomene, so muß neben öffentlich-privaten Kooperationen auch die vollständige Privatisierung bisheriger staatlicher Funktionen Beachtung finden, etwa im Bereich des Gesundheits- oder des Erziehungswesens. In diesem Zusammenhang ist häufig darauf hingewiesen worden, daß die Bedingungen der Wirtschaftstransformation in China völlig andere waren als in den osteuropäischen sozialistischen Ländern: Die VR

China muß zwar ebenfalls einen beachtlich großen Staatssektor privatisieren, doch besteht ein wesentlicher Teil des scheinbaren Systemwandels eigentlich darin, daß in den weiten ländlichen Räumen Strukturen erstmals neu entstehen, deren erste Formierung vom Staat Jahrzehnte lang unterdrückt worden war, ohne daß er selbst Substitute geschaffen hätte. Insofern findet kein Prozeß der Entstaatlichung statt, sondern der Kreation neuer Institutionen und Organisationen in Bereichen, wo andernorts staatliche Eingriffe eine beachtliche Rolle spielen. Damit gewinnt aber der private Bereich eine zunehmend beherrschende Rolle im sozioökonomischen System, und zwar weit über herkömmliche unternehmerische Handlungsfelder hinaus. Die entscheidende Frage ist daher, wie sich künftig der Staat gegenüber diesen Strukturen definieren wird, ob er also beispielsweise über kurz oder lang heute entstehende private Schulen wieder in den staatlichen Bereich zurückführt, ob er sie unterstützt und lediglich staatlich reguliert, oder ob er gar weite Bereiche völlig unreguliert läßt.

Selbstorganisation versus Rechtszentralismus: Genau in dieser Hinsicht knüpft die heutige Entwicklung aber an den säkularen Trend der Entstaatlichung an, der sich in der späten Qing-Zeit beschleunigt hatte und der lediglich wegen des Zusammenstoßes mit dem Westen nicht voll zur Entfaltung gelangen konnte. Auch damals hatte die sozio-ökonomische Entwicklung längst die Schalen staatlicher Strukturen zerbrochen, und im Unterschied zum Westen hat der Staat nicht versucht, die entsprechend aufkommenden, vielfältigen Phänomene der Selbstorganisation wenigstens rechtszentralistisch zu regulieren (Liang Zhiping, 1995). An die Stelle rechtszentralistischer Normierung war die ethische Selbstbindung und "moral suasion" lokaler Eliten getreten, und wir mögen genau diesen Punkt als eigentlich "konfuzianischen" identifizieren, wenn dieser Begriff überhaupt Verwendung finden soll. Selbstorganisation bedeutet im Bereich der Rechtsanwendung eine Dominanz von Schlichtung und von Richterrecht (Max Webers "Kadijustiz") sowie die Anwendung von Prinzipien des Interessenausgleichs, also der Reziprozität, im Gegensatz zur formalen Normengerechtigkeit. Dies ist vor allem dann notwendig der Fall, wenn immer mehr Ordnungsphänomene selbstorganisierte sind, konkret also im weitesten Sinne vertraglich, und nicht hierarchisch bestimmt werden. Vor allem aus deutscher Sicht impliziert diese faktische Dominanz des "selbstgeschaffenen Rechts der Wirtschaft" natürlich Fragen bezüglich des möglichen Machtmißbrauchs. Wie weit ein solcher Mißbrauch

auftritt, dürfte wesentlich vom Grad der Faktormobilität abhängen, der in China immer mehr zunimmt.

Interlokale Standortkonkurrenz: Tatsächlich hat die hohe Mobilität von Kapital und Arbeit inzwischen eine große Bedeutung für die Entstehung interlokaler und -regionaler Standortkonkurrenz. Diese Standortkonkurrenz hat vor allem seit 1992 noch an Schärfe gewonnen und ist für die Integrationsprozesse innerhalb des chinesischen Kulturraumes von Bedeutung, weniger für die Aktivitäten westlicher Investoren in China. Das heißt, gerade der Wettbewerb um (inner- wie auslands)chinesisches Kapital beschleunigt die Anpassung lokaler Institutionen und Organisationen an die Erfordernisse rascher wirtschaftlicher Entwicklung. Selbst wenn viele Institutionen inzwischen formal eindeutig auch rechtszentralistisch bestimmt sind, ist die Realität häufig durch unmittelbare Verhandlungslösungen und damit Selbstorganisation bestimmt. Dabei ist zunehmend zu beobachten, daß wegen der Fragmentierung des chinesischen Binnenmarktes, aber auch zur Streuung der Investitionsrisiken in vielen Branchen eine Strategie verfolgt wird, die Unternehmensstandorte zu diversifizieren: Das heißt, Unternehmen spielen eine wichtige Rolle bei der regionalen Integration Chinas, analog zur wachsenden Bedeutung von multinationalen Unternehmen bei der Integration der Weltwirtschaft. Besonders in den ländlichen Räumen entstehen hier zunehmend regionale und überregionale Vernetzungen zwischen Unternehmen, über die nicht nur Risiken gestreut, sondern auch Wissen verteilt wird. Genau in dieser Hinsicht wird also das oben angesprochene kulturelle Muster der Kombination von Markt und Hierarchie entscheidend auch für die Überwindung binnen-wirtschaftlicher Hemmnisse einer reinen Marktintegration.

Netzwerke zwischen Unternehmen: Insofern können wir also schlußfolgern, daß eine wichtige Triebkraft dieser Integrationsprozesse eben jene traditionellen sozialen Kompetenzen sind, informelle Beziehungen mit Vertrauen zu füllen und zu stabilisieren. Empirisch läßt sich die große Bedeutung dieses Faktors an der immensen Mobilität von Unternehmern und Beamten im heutigen China ablesen sowie am beeindruckenden Vorlauf moderner Kommunikationsmedien im Vergleich zum erreichten Stand wirtschaftlicher Entwicklung, aber auch am vielbeklagten kollektiven Konsum von Dienstleistungen in Restaurants und Hotels: All dies sind realwirtschaftliche Reflexe der Transaktionskosten von Netzwerken. Chinas Wirtschaft ist auf der einen Seite noch stark fragmentiert und kennt nicht nur hohe realwirtschaftliche Barrieren zwischen Regionen, sondern auch

institutionelle etwa zwischen Stadt und Land oder zwischen Behörden als Eigentümern von Unternehmen verschiedener Branchen. Aber gleichzeitig überwindet die soziale Einbettung von Transaktionen viele dieser Barrieren in innovativer und flexibler Weise. Das analytisch-empirische Problem besteht für den außenstehenden Betrachter freilich darin, daß die entstehenden Transaktionsmuster nicht systematisch durch bestimmte formale Institutionen beschrieben werden können. Wenn es beispielsweise institutionelle Beschränkungen für die Niederlassung von ländlichen Unternehmen in Großstädten gibt, dann läßt sich deren Aufhebung durch personalisierte Netzwerke nur als eine Summe vieler Einzelfälle darstellen, nicht aber durch die einfache Nennung einer neuen Institution. Erst ex post, wenn - wie häufig während der Reformen seit 1978 - der informelle Status quo durch Änderungen formaler Institutionen anerkannt wird, ist dies möglich. Die große Bedeutung dieses Faktors wird besonders bei der internationalen Integration deutlich.

Internationale Koordination dezentraler Wissensverarbeitung in Chinas "Netzwerk-Gesellschaft": Bei der Integration des chinesischen Kulturraumes über nationalstaatliche Grenzen hinweg steht eindeutig die Einbettung wirtschaftlicher Transaktionen in soziale Vernetzungen im Vordergrund (Herrmann-Pillath, 1994b; East Asia Analytical Unit, 1995, S. 203ff.). Allerdings sollte angemerkt werden, daß dieser Faktor sich nicht auf Chinesen beschränkt: Chinas Netzwerk-Gesellschaft ist kein "China Inc.", sondern vielmehr ebenso durch kompetitive wie kooperative Strukturen geprägt, und diese Strukturen können Angehörige anderer Kulturen gleichwertig einschließen. In diesem Sinne sind chinesische Netzwerke tatsächlich offen, und es ist nur eine Frage sozialer Transaktionskosten (etwa Sprache), vor allem aber der eigenen Bereitschaft zur Vertrauensbildung, ob und wie diese Netzwerke ihre kulturelle Spezifität verlieren und eher universalistischen Charakter erhalten. Tatsächlich gilt nämlich hier - ähnlich wie im Falle japanischer Organisationsmuster -, daß klar zwischen der kulturellen Spezifität der Entstehung und der möglichen Universalität der Verbreitung zu unterscheiden ist. In jedem Fall ist es für die Organisation der chinesischen Integration (wie beispielsweise im Finanzierungsbereich) von ausschlaggebender Bedeutung, daß die häufig dysfunktionalen formalen Institutionen der bestehenden Nationalstaaten durch Vertrauensbeziehungen aufgehoben und umgangen werden. Aus westlicher Sicht ist jedoch gerade die mangelnde systematische Nachvollziehbarkeit dieser Informalisierung ein eigenständiger

Risikofaktor und ein mögliches Hindernis der weltwirtschaftlichen Integration, wenn sich die soziale Praxis Chinas nicht in die westlich geprägten formalen Institutionen der Weltwirtschaft einfügt.

Wachstum, Integration und "Zusammenprall der Wirtschaftskulturen"?: Wir wollen also zunächst festhalten, daß die Dynamik und Flexibilität chinesischer Netzwerke in jedem Fall ein Medium rascher Verbreitung von neuem Wissen bei gleichzeitiger Stabilisierung der Interaktionen durch Vertrauen, also eine Sicherung bestimmter Erwartungsmechanismen ist. Konkret ist dies etwa ablesbar an der Intensität, mit der im chinesischen Kulturraum die technischen Möglichkeiten moderner Kommunikationsmittel und -medien genutzt und vor allem inzwischen auch fortentwickelt werden, und die Schritt für Schritt Grundlage zunehmender internationaler Wettbewerbsfähigkeit des Raumes ist. Dennoch bleibt ein wichtiges Argument dasjenige der Rechtssicherheit und der Stabilität von formalen Institutionen. In der herkömmlichen Sicht institutioneller Entwicklung wird nämlich deshalb eine so enge Verbindung zwischen Nationalstaat und modernem, intensiven Wirtschaftswachstum gesehen, weil der Staat als "außenstehender Dritter" Institutionen garantieren kann und damit die Reichweite des Marktes verbreitert, und also mehr und mehr anonymisierte Transaktionen möglich werden, die einerseits Tiefe und Breite der Arbeitsteilung vergrößern und andererseits den Fluß normierter, kontextunabhängiger Informationen erleichtern. So etwa bei North (1990), der die skizzierte chinesische Netzwerk-Wirtschaft dem Händler-Kapitalismus als niedrigerer Stufe sozioökonomischer Entwicklung zuordnen würde (ähnlich wie viele japanische Ökonomen vom "Kommerzialismus" in China sprechen). In der Tat gibt es viele Bereiche, wo gerade dieser Punkt zu erheblichen Verspannungen beim Prozeß der Integration Chinas in ein weithin westlich geprägtes institutionelles Umfeld der Weltwirtschaft führt. Diese Verspannungen werden dann regelmäßig in den anhaltenden Konflikten zwischen den USA und China augenfällig. Netzwerke hebeln etwa staatliche Vorschriften zu geistigen Eigentumsrechten aus, weil die Repräsentanten des Staates, der diese schützen soll, selbst Glieder von Netzen sind. Sensible anonymisierte Märkte wie vor allem der Kapitalmarkt reagieren äußerst empfindlich auf den starken Druck zu Insider-Geschäften, der von Netzwerken ausgeht, und in Hong Kong zeigt sich heute bereits, daß angesichts des Fehlens grenzüberschreitender formaler Institutionen des Kapitalmarktes viele Konflikte zwischen dem Verhalten von chinesischen Unternehmen und den Hongkonger Regulierungsinstanzen auftreten (Far Eastern Economic Review

vom 4.4.1996, S. 58ff.). Es ist in dieser Hinsicht auch bezeichnend, daß chinesische Kaufmannsgemeinschaften außerhalb Chinas oft geringe Kontakte zu den Geschäftsleuten ihres Standortes unterhalten und gewissermaßen eine informelle institutionelle Enklave bilden.

Kehren wir also letzten Endes zur Dichotomie von Moderne und Tradition zurück?

Ich glaube nicht. Von ausschlaggebender Bedeutung für die Tradition der endogenen chinesischen Modernisierung und also der Netzwerk-Gesellschaft als chinesischer Moderne ist nämlich, inwieweit sich jene moralische Selbstregulierung als funktionales Äquivalenz rechtlich-formaler Außensteuerung etablieren wird, die ebenfalls entscheidendes Merkmal traditioneller sozio-ökonomischer Strukturen war. Viele Probleme mit dysfunktionalen Aspekten der Netzwerk-Gesellschaft vor allem in der VR China rühren heute daher, daß diese moralische Selbststeuerung politisch-ideologisch vernichtet worden ist, vor allem durch die Kulturrevolution; in Taiwan hat sie sich durch die subethnischen Spannungen teilweise in subkulturelle Dysfunktionalität verwandelt (mafiotische Strukturen). Tatsächlich aber ist es durchaus denkbar - und etwa von Casson (1991, 1993) auch als institutionelles Modell systematisch begründet worden -, daß moralische Aspekte der Stabilisierung von Netzwerken formale Institutionen überlagern, zum Beispiel in Gestalt persönlicher politischer Führung als konstitutives Ordnungselement - entgegen der westlichen Überzeugung, daß Ordnungen unabhängig von den Personen, die ihre Funktionen historisch-kontingent ausfüllen, eine volle Funktionsfähigkeit der Gesellschaft gewährleisten können müssen. Führung kann etwa im Bereich des Schutzes geistiger Eigentumsrechte bedeuten, daß es einen chinesischen Verband der Unternehmen in der Unterhaltungselektronik gibt, dessen Vorsitzende und unternehmerische Eliten in glaubwürdiger und charismatischer Weise die Selbstbindung an die Ehrlichkeit propagieren.

In diesem Sinne kommen wir also auf eine der grundlegenden Fragen an die gesellschaftliche Ordnung zurück, die in China seit Jahrtausenden gestellt wurde: Ist das "Regieren durch Gesetz" oder das "Regieren durch Menschen" die erste Priorität? Die gegenwärtige Dynamik Chinas hängt wesentlich damit zusammen, daß zunehmend die alte Antwort wieder an Kraft gewinnt, nämlich daß der Mensch entscheidend ist, und formale Institutionen eigentlich nur durch das - wenn auch seinerseits menschliche - ethische Versagen des Menschen notwendig werden. Die westliche Sicht hat diesen Faktor

systematisch ausgeblendet: Bis heute zutiefst einflußreich ist beispielsweise Max Webers Bild der westlichen Rationalität, das inzwischen in einiger Hinsicht als verzerrt-idealisiertes Selbstbild sogar des Westens angesehen werden muß (siehe z.B. Spinner, 1989), geschweige denn als Maßstab zur Beurteilung der Verhältnisse in anderen Kulturen geeignet ist. Chinas künftige Rolle in der Weltwirtschaft und vor allem auch sein Potential, die Krugman'sche Falle extensiven Wachstums zu überwinden, werden wesentlich durch institutionelle Faktoren bestimmt sein, die auch im Westen zunehmend wieder an Bedeutung gewinnen. Um nur einige Beispiele zu nennen:

- Die Verringerung der gesamtwirtschaftlichen Kosten von Lobbyismus und Rent-Seeking durch eine schrittweise Denationalisierung, "De-Zentrierung" und Regionalisierung der Wirtschaftspolitik und somit die zunehmende Bedeutung der lokalen und regionalen Standortkonkurrenz;
- die Reduktion gesamtwirtschaftlicher Konfliktkosten durch eine stärker kontextabhängige, auf Interessenausgleich und langfristige Reziprozität hin orientierte Kultur der gesellschaftlichen und vor allem auch gerichtlichen Auseinandersetzung;
- Flexibilisierung von Märkten durch zunehmend geringere, an gesamtgesellschaftlichen Zielen orientierte Interventionen in den Preismechanismus, sowie durch Mechanismen der individuellen Absicherung von Einkommen auf der intermediären Ebene (Familie, Gemeinde, Gruppe);
- Absenkung von Transaktionskosten wirtschaftlicher Aktivitäten durch Personalisierung und damit Bildung von Vertrauen in Netzwerken, vor allem im Bereich längerfristiger Kooperationen zwischen Unternehmen;
- Beschleunigung der Innovationsdynamik durch einen globalisierten Wissenstransfer und Bildung globaler Kreativitätspools im Kontext einer gesellschaftlich und politisch ausdifferenzierten, kulturell jedoch vergleichsweise homogenen - und durch die autochthon entstehende internationale Massenkultur erneut homogenisierte - chinesischen Weltgesellschaft.

Grundlage aller dieser Entwicklungen ist die Tradition der endogenen chinesischen Modernisierung seit der Qing-Dynastie, die durch politische Krisen gebrochen worden war. Ihre Renaissance wird auch nur möglich sein, wenn die politischen Rahmenbedingungen stabil sind. Dies setzt vor allem voraus, daß die Sackgasse nationalistisch-zentralistischer Modernisierungsprogramme

des 20. Jahrhunderts verlassen wird, und daß die Gesellschaft des "kulturellen China" den chinesischen Staat überwindet.

Literaturverzeichnis

Abramovitz, M. (1989): Thinking About Growth And Other Essays on Economic Growth and Welfare, Cambridge et al.: Cambridge University Press.

Berger, P.L./Hsiao, H. H. M., eds. (1988): In Search of an East Asian Development Model, New Brunswick: Transaction.

Bond, Michael Harris, Hrsg. (1996): The Handbook of Chinese Psychology, Hong Kong et al.: Oxford University Press.

Bosco, Joseph (1996): Taiwan jiating qiye de wenhua quanshi, in: Zhongguo shehui kexue jikan, Vol. 14, S. 41-60.

Bruun, Ole (1996): The Fengshui Resurgence in China: Conflicting Cosmologies Between State and Peasantry, in: The China Journal, No. 36, pp. 47-66.

Casson, M. (1991): The Economics of Business Culture - Game Theory, Transaction Costs, and Economic Performance, Oxford: Clarendon.

Casson, M. (1993): Cultural Determinants of Economic Performance, in: Journal of Comparative Economics, Vol. 17, pp. 418-442.

Chang Mau-kuei (1994): Toward an Understanding of Sheng-ji Wen-ti in Taiwan: Focusing on Changes after Political Liberalization, in: Chen Chung-ming (1994), pp. 93-150.

Chao Kang (1986), Man and Land in China, Stanford: Stanford UP.

Chen Chung-ming, Hrsg. (1994): Ethnicity in Taiwan: Social, Historical, and Cultural Perspectives, Taipeh: Academia Sinica.

Chen Dongbi (1995): Tai shang zai da lu jingmao jiufen de tiaochu wenti, in Liang an jingmao tongxun, Nr. 8, 1995, pp. 3-6.

Chen Jiyuan/He Mengbi (C. Herrmann-Pillath), Hrsg., (1996): Dangdai Zhongguo cunzhuang jingji yu cunluo wenhua congshu, Shanxi renmin chubanshe.

Chen Lai (1995): Die Kultur des Volkskonfuzianismus: Eine Untersuchung der Literatur zur kindlichen Erziehung (Meng xue), Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaft Nr. 5, Gerhard-Mercator-Universität Duisburg.

Chun, Allan (1994): From Nationalism to Nationalizing: Cultural Imagination and State Formation in Postwar Taiwan, in: The Australian Journal of Chinese Affairs, Vol. 31, pp. 49-72.

Cimoli, M./Dosi, G. (1996): Technological Paradigms, Patterns of Learning and Development: An Introductory Roadmap, in: Dopfer (1996).

Cohen, Myron L. (1994): Being Chinese: The Peripheralization of Traditional Identity, in: Tu (1994), pp. 88-108.

Cohen, P. A. (1988), The Post-Mao Reforms in Historical Perspective, in: The Journal of Asian Studies 47, pp. 518-540.

Dopfer, K., ed. (1996): The Global Dimension of Economic Evolution, Heidelberg: Physica.

Duara, P. (1994): Minguo de zhongyang jiquanzhuyi he lianbangzhuyi, in: Ershiyi shiji No. 25, pp. 27-42.

East Asia Analytical Unit (1995): Overseas Chinese Business Networks in Asia, Canberra: Department of Foreign Affairs and Trade.

Elvin, Mark (1973), The Pattern of the Chinese Past, Stanford: Stanford UP.

Esherick, J./Rankin, M.B., eds. (1990), Chinese Local Elites and Patterns of Dominance, University of California Press: Berkeley/Los Angeles/London.

Fan Gang (1996): Dongya jingji zengchang bu ke chixu ma?, Dui "Krugman zhiyi" de zhiyi, in: Jingji xue xiaoxi ba, Nos. 185-188.

Far Eastern Economic Review: Weekly, Hong Kong: Review Publishing Company Limited.

Fitzgerald, J. (1995): The Nationless State: The Search for a Nation in Modern Chinese Nationalism, in: The Australian Journal of Chinese Affairs, Vol. 33, pp. 75-106.

Grabher, G. (1993a): Rediscovering the Social in the Economics of Interfirm Relations, in: Grabher (1993b), pp. 1-32.

Grabher, G., Hrsg. (1993b): The Embedded Firm: On the Socioeconomics of Industrial Networks, London/New York: Routledge.

Hamilton, G. ed. (1991): Business Networks and Economic Development in East and Southeast Asia, Hong Kong: Centre for Asian Studies.

Herrmann-Pillath, C. (1992): Evolution und divergierende Entwioklung: China und Europa, in: Witt (1992), S. 197-228.

Herrmann-Pillath, C. (1994a), China's Transition to the Market: A Paradox of Transformation and Its Institutionalist Solution, in: Wagener (1994), S. 209-241.

Herrmann-Pillath, C. (1994b): Wirtschaftsintegration durch Netzwerke: Die Beziehungen zwischen Taiwan und der Volksrepublik China, Baden-Baden: Nomos.

Herrmann-Pillath, C. (1995): Economic Development and Institutional Change: Vascillating at the Crossroad, in: Lo/Pepper/Tsui (1995).

Herrmann-Pillath, C. (1995b): Die Volksrepublik und die Republik China: Die Gratwanderung zweier chinesischer Staaten zwischen Politik und Wirtschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B/50/95, 8.12.1995, pp. 13-26.

Herrmann-Pillath, C./Lackner, M., eds. (1997): Länderbericht China: Politik, Gesellschaft, Kultur im chinesischen Kulturraum, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Hu Biliang (1996): Zhongguo xiangcun de qiye zuzhi yu shequ fazhan, Band 5 der Reihe Chen/He (1996).

Huang Zhilian (1995): Guanyu Zhongguo ren diqu "f" zixing fazhan celüe de gouxiang, in: Rao Meijiao (1995), pp. 3-38.

Huang, P.C.C. (1990): The Peasant Family and Rural development in the Yangzi Delta, 1350-1988, Stanford: Stanford University Press.

Ikegami, Eiko (1995): The Taming of the Samurai, Honorific Individualism and the Making of Modern Japan, Cambridge/London: Harvard University Press.

IMF (1995): Singapore: A Case Study in Rapid Development, Occasional Paper No. 105, Washington D.C.: IMF.

Jin Guantao (1994): Chuangzao yu pohuai de dongli: Zhongguo minzuzhuyi de jiegou ji yanbian, in: Liu Qingfeng (1994), pp. 127-142.

Jingji qianzhan/Economic Outlook: Zweimonats-Schrift der Chung-hua Institution of Economic Research, Taibei, Taiwan.

Kao Cheng-shu (1991): "Personal Trust" in the Large Businesses in Taiwan: a Traditional Foundation for Contemporary Economic Activities, in: Hamilton (1991), pp. 66-76.

Krugman, P. (1994): The Myth of Asia's Miracle, in: Foreign Affairs, Nov-Dec 1994, S. 62-78.

Kuhn, Philip A./Mann, Susan (1985): Dynastic Decline and the Roots of Rebellion, in: The Cambridge History of China, Vol. 10/1, pp. 107-162.

Lackner, Michael (1997):

Langhammer, Rolf J. (1995): The Formation of Greater China and the Future of the EC-China-Relations, in: Cassel/Herrmann-Pillath (1995), pp. 281-308.

Lau, S.-K./Kuan, H.-C. (1988): The Ethos of the Hong Kong Chinese, Hong Kong: Chinese University Press.

Lee, C.J. (1995): The Industrial Networks of Taiwan's Small and Medium Enterprises, paper presented at the International Symposium "Innovation Networks: East Meets West", Sydney, August 30, mimeo.

Liang Zhiping (1995), Qingdai minjian xiguan yu xiguan fa, noch unveröffentlichtes Manuskript des "European Project on China's Modernization", Bochum/Duisburg, erscheint in: Liu Dong/He Mengbi (1996).

Lin, J. Y./Chen, C.-L. (1996): Dutch Disease, Taiwan's Success and the "China Boom", in: Ng/Tuan (1996), pp. 53-76.

Liu Dong/He Mengbi (C. Herrmann-Pillath), Hrsg., 1996: Jingji yu wenhua - duiyu Wei Bo de wenti zai tansuo, in Vorbereitung, Shanghai: Sanlian chubanshe.

Liu Qingfeng, Hrsg. (1994): Minzu zhuyi yu Zhongguo xiandaihua, Hong Kong: Chinese University Press.

Lo Chi Kin/Pepper, S./Tsui Kai Yuen, eds. (1995): China Review 1995, Hong Kong: Chinese University Press.

Ma Rong et al. (1994): Jiushi niandai Zhongguo xiangzhen qiye diaocha, Hong Kong: Oxford University Press.

McMillen, D.H./Man Si-wai, Hrsg. (1994), The Other Hong-Kong Report 1994, Hong Kong: Chinese University Press.

Ng, L. F.-Y./Tuan, C., eds. (1996): Three Chinese Economies: China, Hong Kong and Taiwan. Challenges and Opportunities, Hong Kong: The Chinese University Press.

North, D. C. (1990): Institutions, Institutional Change and Economic Performance, Cambridge et al.: Cambridge University Press.

OECD (1991): Technology and the Economy: The Key Relationships, Paris: OECD.

Ohmae Kenichi (1993), The Rise of the Region State, in: Foreign Affairs Spring 1993, S. 78-87.

Prybyla, J. S. (1995): China and the West: Conflicts and Challenges in the World Trading System, in: Cassel/Herrmann-Pillath (1995), S. 249-280.

Rankin, M.B./Esherick, J. W. (1990): Concluding Remarks, in: Esherick/Rankin (1990), S. 305-346.

Rao Meijiao, Hrsg. (1995): Zhongguo ren diqu de jingji xiezuo - Huanan yu Tai, Gang, Ao chanye hudong guanxi, Hong Kong: Guangyu chubanshe.

Redding, S. G. (1990): The Spirit of Chinese Capitalism, Berlin/New York: de Gruyter.

Simon, Gerhard (1995): Rückkehr der Geschichte: Elemente der politischen Kultur in Rußland, in: Zwischen Krise und Konsolidierung, Jahrbuch 1994/95 des BIOst, Köln: Hanser, S. 29-39.

Siu, H. F. (1995): Community Festivals in Post-Mao South China: Economic Transformation and Cultural Improvisation, in: Lo/Pepper/Tsui (1995).

Smil, Vaclav (1993): China's Environmental Crisis, Armonk: Sharpe.

Song Xueming (1995): Multinational Enterprises and China's Economic Development, in: Cassel/Herrmann-Pillath (1995), pp. 109-138.

Spinner, Helmut F. (1989): Weber gegen Weber: Der ganze Rationalismus einer "Welt von Gegensätzen". Zur Neuinterpretation des Charismas als Gelegenheitsvernunft, in: Weiß (1989), S. 250-295.

Tsang Shu-ki (1995): The Economy, in: McMillen/Man (1995), S. 125-148.

Tu Wei-ming, Hrsg. (1994): The Living Tree - The Changing Meaning of Being Chinese Today, Stanford: Stanford University Press.

Twitchett, D. (1979): Introduction, in: The Cambridge History of China, Vol. 3/1, S.1-47.

Wagener, H.J., Hrsg. (1994): The Political Economy of Transformation, Heidelberg: Physica.

Weiß, J., Hrsg. (1989): Max Weber heute, Erträge und Probleme der Forschung, Frankfurt: Suhrkamp.

Witt, U., Hrsg. (1992): Studien zur Evolutorischen Ökonomik II, Berlin: Duncker & Humblot.

Wong, S.-L. (1988): The Applicability of Asian Family Values to Other Sociocultural Settings, in: Berger/Hsiao (1988), pp. 134-154.

World Bank (1996): Country Report China, April 1996.

Yang Mu (1994): Taolun: Zhongguo xiangzhen qiye de qiji shi zenyang chuxian de? in: Ma Rong et al. (1994), S. 436-465.

Zhao Jing (1986): Zhongguo gudai jingji sixiang shi jianghua (Vorlesungen zur Geschichte des ökonomischen Debkens im alten China), Beijing: Renmin chubanshe.

Zhu Qiuxia (1995): Zhongguo dalu nongcun tudi zhidu biange, Taibei: Zheng zhong shuju.